

Prof. Dr. Constantin Goschler
Marcus Böick, M.A.

Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Geschichtswissenschaften
Historisches Institut
Professur für Zeitgeschichte



Kurzfassung der Studie zur

Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt

im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Bochum, 9. November 2017

Kurzzusammenfassung der Studienbefunde

Die Treuhandanstalt war eine der umstrittensten Organisationen der jüngeren deutschen Geschichte. Sie erhielt im Sommer 1990 praktisch über Nacht die Verfügungsgewalt über 8.000 Betriebe mit rund vier Millionen Beschäftigten. Diese vormals volkseigenen Groß- und zahlreichen Kleinbetriebe sollte die Treuhandanstalt möglichst im Eiltempo in markt- und wettbewerbsfähige Unternehmen in Privatbesitz verwandeln. Ende 1992, nach nicht einmal zwei Jahren, hatte die Treuhandanstalt unter der Führung von westdeutschen Industrie-Managern, Unternehmern und Beamten diese Aufgabe weitgehend durch rasche Privatisierungen und zahlreiche Stilllegungen umgesetzt und dabei entgegen ursprünglicher Erwartungen ein dreistelliges Milliardendefizit eingefahren. Dieses hohe Tempo war zugleich mit erheblichen gesellschaftlichen Erschütterungen insbesondere in Ostdeutschland verbunden: Mit den ab dem Frühjahr 1991 von der Treuhandanstalt verfüigten Massenentlassungen und Betriebsschließungen rückten die Organisation und mit ihr ihre Präsidenten Detlev Rohwedder und Birgit Breuel in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten, politischer Konflikte und gesellschaftlicher Proteste.

In Ostdeutschland galt die Treuhandanstalt schon bald als „bestgehasste“ Institution, ja als Symbol westdeutscher Fremdherrschaft unter den Vorzeichen eines neuen, entgrenzten „Kapitalismus“. Die damalige bundespolitische Opposition kritisierte vielfach den „marktradikalen“ Privatisierungskurs der Treuhand, wobei sich freilich Tonfall und Zielvorstellungen bei SPD, Grünen und PDS jeweils deutlich unterschieden. Zeitgenössische Journalisten wiederum stilisierten die schon seit ihren Anfängen skandalumwitterte Organisation zum finsternen „Mythos“. Demgegenüber verteidigten die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung, Politiker der christliberalen Koalitionsparteien sowie Treuhand-Manager ihre Arbeit als „alternativlosen“ Einsatz zur für die betroffenen Ostdeutschen durchaus schmerzhaften, aber letztlich notwendigen und durch sozialpolitische Interventionen abgemilderte Beseitigung der ökonomischen „Altlasten“ des SED-Regimes und seiner maroden Planwirtschaft.

Im Vergleich zu den überhitzten Streitigkeiten in der „heißen“ Phase der Transformation scheint es um die Organisation nach ihrer Auflösung Ende 1994 auf den ersten Blick vergleichsweise still geworden zu sein. Doch ist die Treuhandanstalt wirklich schon aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden? Wie hat sich nun, nach fast drei Jahrzehnten, der Rückblick auf

die einstmals hochumstrittene Organisation gewandelt? Welche Wahrnehmungen und Bewertungen prägen heutige Erinnerungen an die Treuhandanstalt? Wie blicken unterschiedliche Gruppen, Milieus und Generationen in Ost und West auf Treuhandanstalt und den Wirtschaftsombau zurück? Kurzum: Welchen „Ort“ nimmt die einst so hochumstrittene Organisation in der erinnerungskulturellen Landschaft unserer Gegenwart ein? Mit der vorliegenden Studie haben wir versucht, diesen Fragen in interdisziplinärer Form mithilfe verschiedener Methoden aus den Geschichts- und Sozialwissenschaften nachzugehen, um so eine erste erinnerungskulturelle Bestandsaufnahme, eine Art „Inventur“, zu erstellen. Im Folgenden werden wesentliche Beobachtungen und Schlussfolgerungen in gebündelter Form zusammengefasst.

1. Eine neue Welle der Aufmerksamkeit: Chance und Risiko zugleich?

Die Treuhandanstalt und ihre Aktivitäten beim Umbau der Planwirtschaft nach dem Ende der DDR erleben derzeit wieder neuerliche Aufmerksamkeit. Das fügt sich in einen größeren Trend: Eine ganze Reihe von neuen zeithistorischen Forschungsprojekten beschäftigt sich mittlerweile mit der Geschichte der „Transformation“ beziehungsweise dem „Einigungsprozess“ in den frühen 1990er-Jahren. Bislang fiel gerade diese Zeit in eine markante „Lücke“ zwischen den Disziplinen: Während sich die Sozialwissenschaften in aller Regel nicht mehr für diesen vergangenen Zeitabschnitt interessieren, hat die Geschichtswissenschaft ihn noch nicht für sich entdeckt. Dies hängt vor allem mit der zeitlichen Nähe, der hiermit verbundenen mangelnden Distanz, einer komplizierten Quellensituation sowie auch fachkulturellen Traditionen zusammen. In diesen „toten Winkel“ der Erinnerungskultur soll diese Studie vorstoßen und erkunden, wie verschiedene soziale Gruppen in Ost und West mit knapp drei Jahrzehnten Abstand auf diese ereignisreiche Zeit und insbesondere auf die in den frühen 1990er-Jahren aktive Treuhandanstalt zurückblicken.

Die bislang in der zeithistorischen Forschung mit dem 3. Oktober 1990 häufig gesetzte Zäsur nach dem „Abschluss“ der Revolutions- und Umbruchsphase 1989/90 wird allmählich durchlässiger. Für diese neuerliche Aufmerksamkeit gibt es eine Reihe von Gründen. So hat etwa die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007/8 unseren Rückblick auf die frühen 1990er-Jahre perspektivisch verändert; die nach dem Ende des Sozialismus getroffenen marktwirtschaftlichen Entscheidungen und ökonomischen Diskussionen

erscheinen nun weniger unanfechtbar oder gar „alternativlos“. Zudem hat auch die Politik das Feld der Erinnerungskultur in den letzten Jahren verstärkt für sich entdeckt und reaktiviert dabei zum Teil auch geschichtspolitische Konfliktzonen aus der Vergangenheit; die jüngsten Wahlerfolge von Rechtspopulisten dürften diesen Trend noch weiter verstärken. Für einstmals umkämpfte Themenfelder wie die DDR-Vergangenheit, die NS-Aufarbeitung und nun also auch die Transformation erscheint diese wenigstens zum Teil von Initiativen aus dem politischen Raum ausgehende Erinnerungs- und Forschungskonjunktur als Chance und Risiko zugleich: Einerseits werden durch die damit verbundene finanzielle Förderung umfassende zeithistorische Forschungsanstrengungen ermöglicht. Andererseits muss sich die zeithistorische Forschung der damit verbundenen politischen und öffentlichen Erwartungen bewusst bleiben und deren Bedeutung für ihre eigene Arbeit stets mitbedenken. Im Falle der vorliegenden Studie geht es somit darum, nicht die aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinreichenden politischen Deutungskämpfe um die Treuhandanstalt fortzuschreiben, sondern die hiermit verknüpften, stark gegensätzlichen Bewertungen und Wahrnehmungen der Zeitgenossen umfassend zu problematisieren, zu kontextualisieren und zu reflektieren.

2. Erstarrte Konfliktlinien im Diskurs: Skandal, Verteidigung und Kritik

In einem ersten Schritt wurden im Rahmen dieser Untersuchung die zentralen Diskurse zu Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau mithilfe zahlreicher zeitgenössischer Medienerzeugnisse und verschiedener Publikationen „von oben“ im Längsschnitt untersucht. Es ging uns dabei insbesondere darum, wesentliche Akteure und Gruppen, verschiedene Konjunktoren und Phasen sowie zentrale Themenbereiche und Spannungsfelder abzustecken. Ihre Ursprünge hatte die Treuhandanstalt in Debatten am zentralen Runden Tisch der DDR, an dem Oppositionelle und Reformkräfte der letzten SED-Regierung nach einer kurzfristigen Lösung zur „Bewahrung“ des „Volkseigentums“ suchten. Die Geschichte der medienöffentlichen Auseinandersetzungen um die bis dahin weitgehend unbekanntes „Treuhand-Stelle“ begann im Sommer 1990, als Detlev Rohwedder an die Spitze der Organisation trat und erste Konflikte um mögliche Privatisierungen aufbrachen. Im Frühjahr 1991, als die „Vereinigungskrise“ (Jürgen Kocka) zwischen Ost und West erstmals in ihrer ganzen Schärfe sichtbar wurde, avancierte die personell wie organisatorisch in kürzester Zeit massiv

ausgebaute Organisation zum zentralen Streitgegenstand zwischen christliberalen Befürwortern und linken Skeptikern und Gegnern der eingeschlagenen Wirtschafts- und Transformationspolitik. Die Treuhandanstalt setzte im deutsch-deutschen (Sonder-)Fall der Transformation vor allem auf den Faktor Beschleunigung: Die vieltausend Betriebe der einstmaligen Planwirtschaft sollten durch forcierte Privatisierungen und Schließungen schnellstmöglich in die Marktwirtschaft überführt werden. Dafür beließ die Bundespolitik der Organisation und ihren Führungskräften gerade in der Frühphase 1991/92 sehr weitreichende Entscheidungs-, Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Bereits nach kurzer Zeit führte diese herausgehobene und exponierte Stellung der Treuhandanstalt als einer Art „Wirtschaftsregierung“ des krisengeschüttelten Ostens zu einer massiven *Politisierung* der sich an dieser Stelle kristallisierenden Auseinandersetzungen. Dieser Streit leistete mittelfristig einer ausgeprägten *Polarisierung* der Debatten bis zur „Selbstaflösung“ der hochumstrittenen Organisation im Jahr 1994 Vorschub. Der politische Diskurs um die Treuhandanstalt erstarrte schon bald, wobei den liberalkonservativen Verteidigern starke Skepsis aus den Reihen von SPD und Grünen und radikale Kritik aus den Reihen der PDS entgegenschlug, wozu auch eine oftmals skandalisierende Medienberichterstattung erheblich beitrug. Diese Auseinandersetzung prägte auch die gesellschaftliche Wahrnehmung der Treuhandanstalt in Ostdeutschland, wobei hier freilich an die Stelle des ursprünglich die politische Debatte prägenden Rechts-Links-Gegensatzes ein Ost-West-Gegensatz trat. Langfristig setzten sich vor allem in der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft ausnehmend negative Bezüge auf die Treuhandanstalt als Symbol einer „Übernahme“ des Ostens durch den Westen fest, während die Organisation in der westdeutschen Wahrnehmung schon bald keine nennenswerte Rolle mehr spielte. In den Medien wurde die Treuhandanstalt nach 1995 bzw. nach 2000 oft nur noch in Jahresrückblicken als spektakuläre „Skandalgeschichte“ verhandelt. Daher ließe sich mit Blick auf die gegensätzlichen Wahrnehmungen bis zur Gegenwart von einer *Fragmentierung* geradezu erstarrter Konfliktlinien sprechen: Das untersuchte Thema ist zwar nur noch in bestimmten Teilen der gegenwärtigen Gesellschaft präsent, erscheint dort aber wiederum als hochgradig virulent.

3. Komplizierte Verarbeitungsstrategien: die Rückblicke der Experten

Neben den Konflikten im öffentlichen Raum wurden auf einer mittleren Ebene die individuellen Rückblicke der damals für die Treuhandanstalt tätigen beziehungsweise der mit der Organisation interagierenden Akteure auf der Grundlage von 30 qualitativen Experteninterviews exemplarisch untersucht. In der individuellen Rückschau erweist sich das Treuhand-Engagement gerade für viele ältere westdeutsche Führungskräfte, die nach 1990 kurzfristig in deren Dienste traten, als unverkennbarer Höhepunkt der Berufslaufbahn. Die ereignisreiche und geradezu abenteuerliche Zeit im „Osten“ wird dabei als gemeinsamer, patriotischer Aufbruch mit immensen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen betrachtet, der nur durch einen umfassenden persönlichen Einsatz möglich wurde; es wurde demnach historisch Einmaliges geleistet. Diese heroisch gestimmten Rückblicke erscheinen indes eingetrübt durch die zeitgenössischen Konflikte sowie auch die langfristigen Verhärtungen. Die eigenen Leistungen müssen so gegen mediale „Enthüllungen“ sowie massiv verbreitete Vorbehalte in Ostdeutschland verteidigt werden.

Etwas anders gelagert erscheinen demgegenüber die rückblickenden Betrachtungen der ostdeutschen Mitarbeiter unterhalb der von westlichen Industrie-Managern dominierten Führungsebenen. Hier erscheinen die Wahrnehmungen eigentümlich gespalten: Zum einen identifizieren sich die Befragten mit der Organisation sowie ihrer Aufgabe. Die praktische, von einem starken Machtgefälle geprägte Ost-West-Zusammenarbeit bewerten sie jedoch merklich zurückhaltender. Zudem reflektiert diese Gruppe die gesellschaftlichen Folgen des Privatisierungs- und Stilllegungskurses stark. Dementsprechend handeln die Retrospektiven früherer Ost-Mitarbeiter also weniger von patriotischen Aufbrüchen beim „Wiederaufbau“, sondern vielmehr von prekären Vermittlungsversuchen im Spannungsfeld von Ost und West. Mit Blick auf die mit der Treuhandanstalt interagierenden Politiker, Beamten, Juristen, Investoren, Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte lassen sich dagegen kaum pauschale Bewertungsmuster herausstellen. Hier wird die Organisation, je nach Perspektive und Konstellation, differenziert-distanziert betrachtet: Defizite und Versäumnisse werden benannt, jedoch auch der auf der Treuhandanstalt und ihrem Personal lastende Zeit-, Handlungs- und Erwartungsdruck herausgestellt.

Insgesamt erscheinen die Wahrnehmungen und Bewertungen der ehemals aktiv Beteiligten also durchaus ambivalent und in hohem Maße identitätsbezogen. Mithilfe verschiedener Verarbeitungsstrategien müssen die

seinerzeitigen Eruptionen sowie auch die nach wie vor bestehenden Konfliktlinien im Rückblick geordnet und in die eigene Biographie stimmig eingepasst werden. Diese biographische Umbruchsbewältigung betrifft interessanterweise allerdings eben nicht nur die Ostdeutschen. Auch das untersuchte westdeutsche Führungspersonal der Treuhandanstalt, die früheren Vorstände, Direktoren, Niederlassungs- und Abteilungsleiter, beschreiben sich im Grunde als eine kleine Gruppe verkannter Helden für eine nationale Sache – allerdings in einer weitgehend heldenlosen und postpatriotischen Zeit. Der aufopferungsvolle „Einsatz“ für das „Vaterland“ wird in dieser Lesart kaum angemessen gewürdigt.

4. Differenzen und Paradoxien: (teil-)gesellschaftliche Rückblicke

Das Meinungsbild wandelt sich indes ganz erheblich, sofern man den Blick auf grundlegende Wahrnehmungen und Bewertungen von Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in der (ostdeutschen) Bevölkerung verschiebt. Mithilfe einer Zufallsbefragung von 500 Personen im Frühjahr 2017 wurden zentrale Wahrnehmungsmuster identifiziert und mit Blick auf verschiedene Merkmale hin analysiert. Auch wenn diese Umfrage im streng statistischen Sinne nicht als repräsentativ angesehen werden darf, ergaben sich dabei deutliche Hinweise auf signifikante Trends. Dabei erscheint insbesondere eine generationelle Differenz stark ausgeprägt: Während die Treuhandanstalt den Über-40-Jährigen aus den „Erlebnisgenerationen“ fast zur Gänze ein Begriff ist (95 % bei den Ost-, 85 % bei den Westdeutschen), ist sie unter jüngeren Befragten weitgehend unbekannt (33 % bei den Ost-, 20 % bei den Westdeutschen). Ebenfalls charakteristisch erscheint eine übergeordnete Bewertungsdifferenz von Ost- und Westdeutschen, wobei erstere durchweg zu kritischeren Bewertungen mit Blick auf die Transformationszeit gelangen. Semantisch wird die Treuhandanstalt bevorzugt mit dezidiert negativen Begriffen wie „Abwicklung“ oder „Ausverkauf“ verknüpft, die bei einer Schlagwörterhebung mit auffallendem Abstand am meisten genannt wurden (siehe Abb. 1).

etwas kritischere, lediglich „befriedigende“ Bewertung (2,9) des gegenwärtigen Ost-West-Verhältnisses auf, die tendenziell bei Jüngeren stärker ausgeprägt erscheint (3,0) als bei den älteren Befragten (2,7). Man kann aufs Ganze besehen letztlich von einer auffälligen Paradoxie sprechen: Während die Treuhandanstalt im Besonderen sehr negativ beurteilt wird, werden die wirtschaftliche Entwicklung und noch mehr die Wiedervereinigung als Ganzes positiv beurteilt (siehe Abb. 2). Dieser Befund führte uns letztlich auch zu unserer Gesamteinschätzung, die Treuhandanstalt als eine Art ostdeutsche „Bad Bank“ in der erinnerungskulturellen Landschaft der Bundesrepublik zu beschreiben.

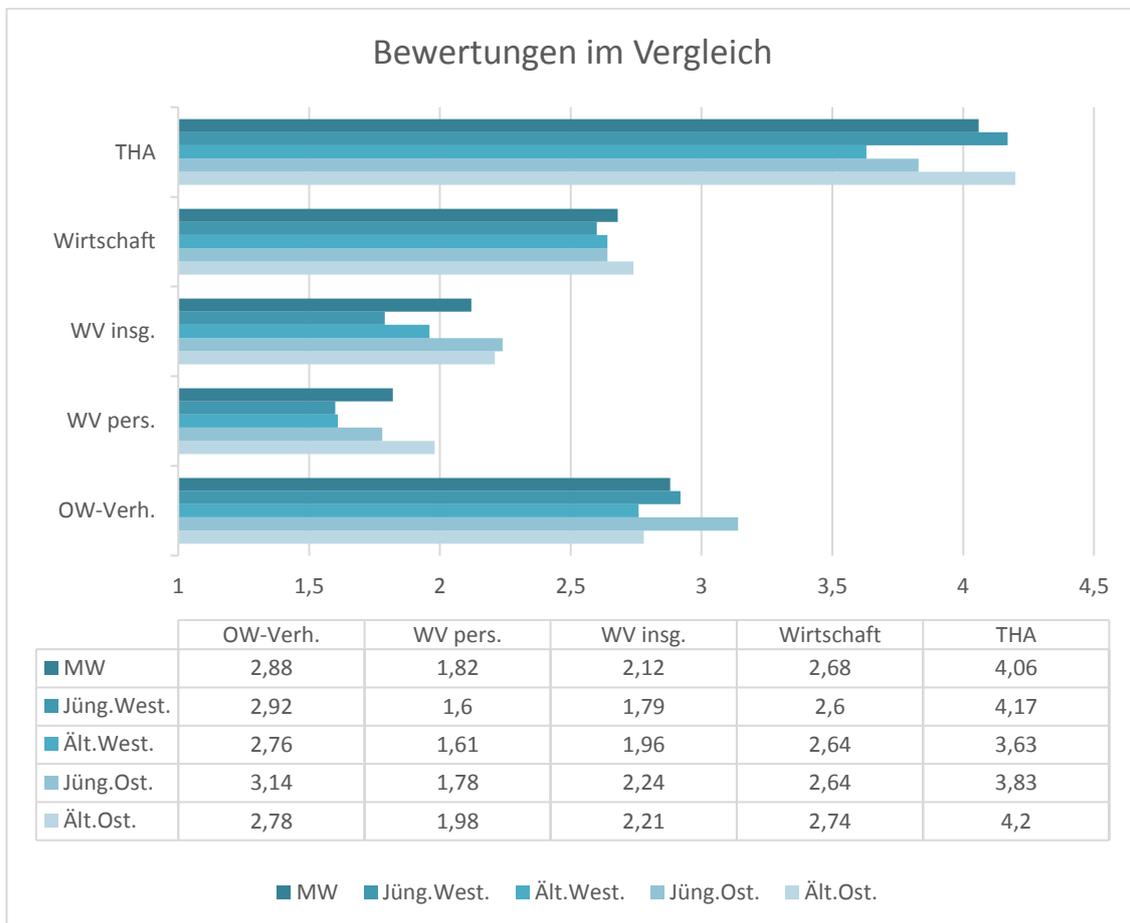


Abb. 2: Gesamtvergleich aller erhobenen Bewertungsmuster, geordnet nach Alter und Herkunft (n=500; Zufallsbefragungen in Leipzig und Eisenach im Frühjahr 2017)

5. „Erinnerungsort“ und „Bad Bank“: die Treuhand in der Erinnerungskultur

Im Gesamtbild aller drei von uns untersuchten Ebenen lässt sich eine eigentümliche Sonderstellung der einstmaligen Übergangsorganisation in der gegenwärtigen Erinnerungskultur festhalten. Die Treuhandanstalt erscheint „von oben“ betrachtet umgeben von erstarrten Konfliktlinien in den öffentlichen Debatten, begleitet von biographisch komplizierten Rückblicken der beteiligten Experten auf einer *mittleren Ebene* sowie belastet durch massive Vorbehalte gerade im Rückblick der Betroffenen aus den ostdeutschen Erlebnisationsgenerationen „von unten“. Es haben sich auf diese Weise regelrechte erinnerungskulturelle „Echokammern“ entwickelt, die ihre eigenen, stark identitätsbezogenen Deutungen pflegen und verteidigen. Diese Konstellation erscheint in gewisser Weise als Fortsetzung ihrer bereits zeitgenössisch umfassend beschriebenen Rolle als „Schutzschild“ beziehungsweise „Blitzableiter“ (Wolfgang Seibel) des deutschen „Vereinigungsprozesses“: Die Treuhandanstalt habe demnach die massiven Frustrationen und enttäuschten Erwartungen zahlreicher Ostdeutscher nach 1990 kurz- und mittelfristig auf sich gezogen, diese zugleich absorbiert und so letztlich von den politischen und wirtschaftlichen Systemen der Bundesrepublik ferngehalten. Entlassungen, Schließungen und Arbeitslosigkeit seien daher eben gerade nicht der übergeordneten Bundesregierung oder der neu etablierten Marktwirtschaft, sondern in erster Linie der im Vordergrund sichtbar agierenden Treuhandanstalt und ihren Managern angelastet worden.

Dieses fragmentierte Wahrnehmungs- und Bewertungsgefüge setzt sich letztlich, so haben wir herausarbeiten können, bis in die Gegenwart fort. Während die Treuhand als Thema in Westdeutschland keine wesentliche Rolle spielt, erscheint sie in Ostdeutschland gerade unter Älteren höchst präsent. Von den ambivalenten individuellen Umbruchserfahrungen nach dem plötzlichen Ende von DDR und Zweitstaatlichkeit im Jahr 1990 werden offenbar die von den Ostdeutschen erlebten wirtschaftliche, gesellschaftlichen wie auch kulturellen „Schattenseiten“ rückblickend insbesondere auch mit der Treuhandanstalt verknüpft. Weitgehend unbeachtet von öffentlichen, politischen oder wissenschaftlichen Wahrnehmungen hat sich so langfristig ein ausgesprochen negativ konnotierter „Erinnerungsort“ in der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft etabliert. Auf diese Weise hat sich ein negativer „Gründungsmythos“ verfestigt, der in den artikulierten Wahrnehmungen symbolhaft für eine rigorose „Unterwerfung“ der Ostdeutschen durch eine fremde, anonyme und jedweder

Kontrolle enthobene Macht aus dem „Westen“ steht. Inwiefern die nach wie vor schwelende und kaum im Rahmen öffentlicher Debatten „aufgearbeitete“ Präsenz einer solchen erinnerungskulturellen „Bad Bank“ auch entsprechend negative Folgen für die politische Kultur beziehungsweise die generelle Identifikation zahlreicher Ostdeutscher mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung der heutigen Bundesrepublik zeitigt, bedürfte unseres Erachtens weiterer Diskussionen und Untersuchungen.

6. Empfehlungen: Differenzierung, Pluralisierung, Historisierung

Abschließend werden drei Empfehlungen für den weiteren Umgang mit der in unserer Studie herausgearbeiteten erinnerungskulturellen Situation gegeben.

Eine zentrale Aufgabe gerade der zeitgeschichtlichen Forschung bestünde *erstens* darin, der öffentlichen Auseinandersetzung über die Vergangenheit seriöse Bezugspunkte zu liefern und damit im besten Falle auch einen Beitrag zu leisten, die Kommunikation zwischen fragmentierten Erinnerungsmilieus grundlegend zu ermöglichen. Dazu gehört in diesem Falle zunächst die Aufgabe der *Differenzierung* im Sinne einer argumentativen Versachlichung der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten um Treuhandanstalt, Wirtschaftsombau und Transformation. Wir plädieren somit insbesondere für die Intensivierung der differenzierenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den ausgeprägten Ost-West-Kontraktionen während der frühen 1990er-Jahre sowie ihren langfristigen sozioökonomischen und -kulturellen Folgewirkungen.

Eine neuerliche Annäherung an die Treuhandanstalt sowie die Transformationszeit sollte *zweitens* unbedingt mit einer *Pluralisierung* der hierüber diskutierenden Akteure einhergehen – zu dieser Geschichte gehören die Rückblicke der damals beteiligten Manager ebenso wie die retrospektiven Deutungen der betroffenen Ostdeutschen. Gerade an diesem Punkt erscheint zumindest das offene Angebot eines kommunikativen Austauschs miteinander erstrebenswerter als das bewährte Reden übereinander. Eine neuerliche zeithistorische Auseinandersetzung könnte hierbei im besten Falle einen Beitrag dazu leisten, die lange fest verschlossenen Türen zwischen den erinnerungskulturellen „Echokammern“ einen Spalt weit zu öffnen.

Als Voraussetzung hierfür erscheint *drittens* die ergebnisoffene und quellennahe *Historisierung* der Treuhandanstalt und mit ihr der gesamten Transformationszeit nach dem Ende des Systemwettstreits. In Forschung und

Lehre sowie gerade auch in den Schulen und Universitäten in Ost *und* West sollte offen über die verschiedenen Perspektiven auf diese umstrittene und krisenreiche Gründungsphase der „Berliner Republik“ und deren langfristige Folgen vor allem für das Verhältnis von Ost- und Westdeutschen diskutiert werden. Dazu benötigt die zeithistorische Forschung zunächst vor allem einen möglichst umfassenden und breiten Quellenzugang; im Falle der Treuhandanstalt und ihres komplexen wie umfangreichen Nachlasses erscheint hier insbesondere das Bundesarchiv als Schlüsselinstitution. Die Resultate quellennaher, zeithistorischer Forschungen können, so lässt sich hoffen, über neue Perspektiven und alternative Deutungen zu einer Versachlichung der Debatten beitragen. In einer pluralistischen Gesellschaft werden die Ergebnisse zeithistorischer Forschung aber notwendigerweise auch zukünftig zum Gegenstand konkurrierender politischer Schlussfolgerungen werden.

Insgesamt, so hat diese Studie gezeigt, erweist sich die Treuhandanstalt als mit einer Fülle von konträren Deutungen überfrachteter Gegenstand. Ein – wie auch immer geartetes – historisches „Gesamturteil“ über die Organisation, ihr zeitgenössisches Wirken sowie ihr langfristiges „Vermächtnis“ erscheint damit aus unserer Sicht seriös kaum möglich. Vielmehr ist die kritische Auseinandersetzung mit dem „Erinnerungsort Treuhandanstalt“, die in unserer Studie im Vordergrund steht, eine wichtige Voraussetzung, um zur Erforschung des Ereigniskomplexes selbst vorzustoßen: nämlich der schockartigen Umwandlung von Staatseigentum in Privateigentum in Ostdeutschland durch die Treuhandanstalt. Die hier unternommene Analyse der langfristigen kulturellen Nachwirkungen dieses Ereignisses in der Erinnerung beteiligter Akteure, betroffener Subjekte und zeitgenössischer Beobachter kann hoffentlich helfen, bei der künftigen Erforschung und politischen wie öffentlichen Auseinandersetzung mit der Organisation bewusster mit den geradezu erratischen, konkurrierenden Deutungsmustern umzugehen und diese nicht weiter unbesehen in die Zukunft hineinzutragen. Es geht somit darum, die künftige Beschäftigung mit diesem Gegenstand für die vielfältigen Ambivalenzen, situativen Kontingenzen und prozessualen Eigendynamiken historischer Übergangs- und Umbruchsszenarien sowie ihrer langfristigen Nachwirkungen zu sensibilisieren.

Und nicht zuletzt geht es dabei darum, darauf aufmerksam zu machen, dass derartige historische Vorgänge von konkreten Menschen gestaltet und erlebt werden, die ihre individuellen Erfahrungen in die Zukunft hineintragen und in

Erinnerungsgemeinschaften stabilisieren. Auf diese Weise bildet die Geschichte der Treuhandanstalt ein wichtiges erinnerungskulturelles Element der Gegenwart, vor allem in Ostdeutschland. Ihre Rolle als Kristallisationspunkt für eine Selbstwahrnehmung als „Opfer“ ökonomischer und zugleich auch kultureller Umbruchserfahrungen sollte daher weiter sehr ernst genommen werden, nicht zuletzt im Kontext des gegenwärtig in allen westlichen Gesellschaften zu beobachtenden Risses zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ von Liberalisierung und Globalisierung.